

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Wohin führt die Wirtschaftspolitik des DGB?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1951) : Wohin führt die Wirtschaftspolitik des DGB?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 7, pp. 8-11

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131338>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wohin führt die Wirtschaftspolitik des DGB?

Der Einfluß, den die Massenorganisation des DGB. auf die staatliche Wirtschaftspolitik geltend machen kann, hat uns veranlaßt, Wirtschaftspolitiker verschiedener Richtungen über ihre Meinung zu den programmatischen Ausführungen des neuen Vorsitzenden des DGB, Christian Fette, zu befragen.

Ein CDU-Parlamentarier schreibt uns:

Wandel vom Revolutionären zum Evolutionären

Die Zukunft Deutschlands wird weitgehend von der Haltung der Gewerkschaften mitbestimmt werden. Aus diesem Grunde verdienen die wirtschaftspolitischen Aspekte, die sich aus den Ausführungen des neuen Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Christian Fette, anlässlich des außerordentlichen Kongresses des DGB. ergeben, besondere Beachtung. Vorherrschend ist der Eindruck, daß dieser Bewegung die klarste Zielsetzung, die entschlossenste Willensbildung und wohl auch noch der größte Idealismus aller großen Kräftegruppen Deutschlands innewohnt. Außerdem ließen der Ton der Kundgebung und die Grenzen, die gezogen wurden, erkennen, daß ein Wandel der Gewerkschaften von einer revolutionären zu einer evolutionären Bewegung im Gange ist, und hier starke Energien zur Entfaltung im Staate drängen. Die vornehmste innenpolitische Aufgabe der Zukunft wird es daher sein, diese Organisation in das Staatsleben einzuordnen und ihre Kräfte für die Allgemeinheit fruchtbar zu machen. Die Durchführung der proklamierten parteipolitischen Unabhängigkeit der Gewerkschaften würde dies fördern und ihren staatsrechtlichen Einbau erleichtern.

Bekanntnis zur Demokratie

Die Ziele des Gewerkschaftsbundes wurden von dem Vorsitzenden klar herausgestellt: Betriebliche Mitbestimmung und Schaffung von paritätisch besetzten Wirtschaftskammern als Weg des Arbeitnehmers zum gleichberechtigten Wirtschaftsbürger (Mitbestimmung stellt in der Interpretation des Vorsitzenden „vollendete Tarifgemeinschaft“ dar), Neuordnung der Wirtschaft und schließlich Aufrechterhaltung des Lebensstandards

des Arbeitnehmers durch Lohnerhöhungen bei Teuerungen, ganz gleich, welche Ursache diese haben mögen. Ein klares Bekenntnis zur demokratischen Verfassung, d. h. die Respektierung der Gesetze, die ein frei gewähltes Parlament erlassen hat, setzt der Durchführung dieser Ziele Grenzen. Außerdem bezog der Vorsitzende eine erfreulich klare Stellung gegenüber allem Radikalismus von rechts und links und allen Diktaturbestrebungen und zeigte schließlich in seiner Stellungnahme zum Schuman-Plan und zur Remilitarisierung die Erkenntnis der deutschen Situation und außenpolitischen Weitblick.

Klarheit über die Zielsetzung

Entscheidend für die weitere Entwicklung ist es aber, ob die wirtschaftspolitische Zielsetzung, die sich aus den Erklärungen der Gewerkschaftstagung und dem im März vorgelegten Wirtschaftsprogramm ergibt, den augenblicklichen Notwendigkeiten in Deutschland gerecht wird. Hier besteht auch im Sinne der Gewerkschaftsidee die große Gefahr, daß eine solche Machtzusammenballung, wie sie die Gewerkschaften erstreben und darstellen, mit einer wirklichen Demokratie unvereinbar ist und zu einer Wirtschaftsdiktatur führen muß. Kein vernünftiger Mensch wird heute den Arbeitnehmern die Stellung eines gleichberechtigten Wirtschaftsbürgers und eine Mitbestimmung im Sinne Fettes streitig machen wollen. Aber auch hier droht die Gefahr, daß die große Macht dieser Massenorganisation zum Mißbrauch, zur Funktionärswirtschaft führt. Die Dinge an sich liegen im Zuge der Entwicklung, der man sich bestimmt nicht widersetzen soll. Die Art ihrer Handhabung aber muß oberste Sorge der Gewerkschaftsführung werden.

Es ist heute bestimmt nicht an der Zeit, sich an ein Dogma zu klammern und ein Wirtschaftssystem an sich zu verteidigen, sondern es gilt jeweils im Zuge der Entwicklung das Notwendigste zu tun. Man muß sich aber dabei doch klar sein, welche letzte Zielsetzung besteht. Diese kann immer nur wirtschaftlich, und heute dem Osten gegenüber auch politisch gesehen, die Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards sein. Dieses ist in der augenblicklichen Weltlage, der Aufrüstung und Rohstoffknappheit aber nur in weitgehendster Arbeitsteilung und Wettbewerb zu verwirklichen. Europa, und vor allem Deutschland, kann es sich nicht leisten, auf die privatwirtschaftliche Initiative, den kosten senkenden Wettbewerb und daraus resultierend auf einen möglichst funktionierenden Preismechanismus zu verzichten. Es ist aber nicht zu sehen, wie dies Ziel mit den Mitteln des Gewerkschaftsplanes erreicht werden soll. Wenn sich im Zuge der Neuordnung der Wirtschaft die Forderungen dieses Programms durchsetzen, so würden alle die Erscheinungen, die Unterinvestitionen und Preisverzerrungen, die wir heute auf den nicht-marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftszweigen bekämpfen, erweitert und verewigt. Eine Verwirklichung des DGB-Planes würde uns alle schon zur Genüge bekannten Mittel einer Zwangswirtschaft, wie Verbote, Zwang, Prioritäten, Preiskommissaren, Überwachungsstellen usw. wiederbringen, die nach allen Erfahrungen die Produktion lähmen, unsere Außenhandelsrelationen verschlechtern und uns vom Weltmarkt isolieren würden.

Lohnforderungen und wirtschaftliche Lage

Um die Tragweite der Lohnforderungen zu erkennen, muß zunächst eine ganz kurze Darstellung der wirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik gegeben werden. Deutschland hat einen großen Investitionsbedarf, der befriedigt

werden muß, um die Grundlage für unsere Arbeit zu schaffen. Außerdem einen großen Exportbedarf, um die notwendige Einfuhr finanzieren zu können. Nur der dann verbleibende Rest des Sozialproduktes kann nach Deckung des Bundeshaushaltes verbraucht werden. Durch Aufrüstung sind Preiserhöhungen auf dem Weltmarkt entstanden, deren Wirkung sich Westdeutschland nicht ganz entziehen konnte. Vor allem wirken sie sich in einer Verschlechterung des Austauschverhältnisses von Einfuhr (Rohstoffen) zur Ausfuhr (Industriestoffen) aus, die unsere Zahlungsbilanz gefährdet und uns kurz gesagt, ärmer macht. Dies sind Tatsachen, die wie in vielen anderen Ländern von unserer gesamten Volkswirtschaft getragen werden müssen. Lohnerhöhungen müssen heute zwangsläufig in die Preise eingehen, da die Spannen schon die rohstoffbedingten Preiserhöhungen soweit wie irgend möglich aufgefangen haben. Sie sind also heute für die Empfänger relativ wirkungslos, da sie den Reallohn nicht erhöhen. Außerdem wirken sie unsozial, weil sie wirtschaftlich Schwächere, und zwar die breite Masse der Bezieher von

festem Einkommen benachteiligen, letztlich beschwören sie die Gefahr der Arbeitslosigkeit und der Inflation herauf.

Die augenblickliche Lage zeigt somit, wie Lohnforderungen, die ohne Rücksicht auf die Ursache der Teuerung und die volkswirtschaftliche Situation gestellt werden, zu einer Schädigung der Allgemeinheit führen können. Wenn die Gewerkschaftsführer mit der Mitbestimmung nun auch die Mitverantwortung übernehmen, sollten sie alle diese Überlegungen nicht außer acht lassen.

„Nach meiner Auffassung hat weder der einzelne Mensch noch eine Gruppe von Menschen das Recht, eine Monopolstellung auszunutzen, um für sich Verhältnisse zu schaffen, die im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft einfach nicht zu vertreten sind.“ Dieser Satz des Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes stellt, wenn auch nicht dafür gemünzt, die allerbeste Kritik an der Lohnpolitik der Gewerkschaften dar. Denn wir sitzen alle in einem Boot, und dieses Boot wird kentern, wenn wir uns nicht alle darauf besinnen, „daß wir ein Volk sind und nicht ein Haufen von Interessenten“. (ld)

Ein sozialistischer Wirtschaftspolitiker schreibt:

Werden die Konsequenzen des Kurses voll erkannt?

Wenn auch in einer demokratischen Organisation, wie sie der Deutsche Gewerkschaftsbund darstellt, der erste Vorsitzende kein allmächtiger Mann ist, so hat er doch die Möglichkeit, auf Form und Richtung der Gewerkschaftspolitik bestimmenden Einfluß zu gewinnen. Daraus erklärt sich die allgemeine Aufmerksamkeit, die die erste Rede des neugewählten ersten Vorsitzenden Christian Fette in der Öffentlichkeit gefunden hat.

Diese Rede, die der DGB-Vorsitzende als Schlußansprache auf dem außerordentlichen Bundeskongreß am 23. Juni in Essen gehalten hat, ist programmatischer Natur. Obwohl sie in ihren Ausführungen knapp und in einigen Punkten nicht ganz klar ist, läßt sie deutlich erkennen, daß Fette den Kurs seines Vorgängers einzuhalten gedenkt. Diese Selbstverständlichkeit ist

weniger interessant als die Frage, ob der neue Vorsitzende die Probleme, die dieser Kurs enthält, voll überschaut.

Mitbestimmung

Von den Ausführungen über das Mitbestimmungsrecht verdient folgender Satz hervorgehoben zu werden. „Mitbestimmung, wie ich sie auffasse“, sagte Christian Fette, „ist vollendete Tarifgemeinschaft, d. h. daß es zwischen zwei gleichberechtigten Partnern kein Geheimnis des einen vor dem anderen gibt.“

Wenn in den letzten Jahren die Forderung nach persönlicher Freiheit in der Wirtschaft so überlaut ertönte, so verstanden die meisten darunter nichts anderes als das Recht, sich auf Kosten ihrer Mitmenschen so rasch wie möglich bereichern zu können und sich bei dieser Tätigkeit nicht in die Karten

gucken lassen zu müssen. Jede direkte Wirtschaftslenkung wird ebenso wie das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft von Unternehmenseite nicht zuletzt deshalb abgelehnt, weil man befürchtet, daß in beiden Fällen sich die öffentliche Kontrolle der Privatwirtschaft erhöhen müsse. Jeder, der mehr will als seinen ganz persönlichen Vorteil, sollte sich aber klar darüber werden, daß der Kampf aller gegen alle sich nur beseitigen und ein echter Gemeinschaftsgedanke sich nur verwirklichen läßt, wenn die Öffentlichkeit wirklich davon unterrichtet ist, was in der Wirtschaft geschieht, d. h. wenn man weiß, wie es mit der Rentabilität der einzelnen Produktionszweige und Betriebe aussieht, wie es dort mit Rationalisierungsmöglichkeiten beschaffen ist, wo und wie investiert wird und vor allem wie es um die Einkommensverteilung bestellt ist.

Der Staat als dritter Partner

Es mag sein, daß die Verwirklichung der innerbetrieblichen Mitbestimmung auch die Publizität jener privatwirtschaftlichen Vorgänge erhöht. Es kann aber auch sein, daß sie nur zu neuen Formen von Interessenkämpfen und Geheimniskrämerei führt, wenn sich nämlich Unternehmer und Arbeitnehmer in den einzelnen Produktionszweigen auf Kosten der Konsumenten einigen. Aus der Rede des neuen Bundesvorsitzenden geht hervor, daß er diese Gefahr der Gruppenanarchie sieht. Nicht deutlich wird jedoch, ob er den Weg klar erkennt, auf dem allein dieser Gefahr wirkungsvoll begegnet werden kann. Dieser Weg führt erstens über eine Einbeziehung des Staates als dritten Partner in die soziale Partnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, und er führt zweitens über eine Stärkung der Entscheidungsbefugnis des Gewerkschaftsbundes gegenüber den angeschlossenen Gewerkschaften.

Christian Fette möchte den Staat möglichst draußen halten, scheint aber zu übersehen, daß zwei Fälle häufig genug eintreten werden, die einen dritten Partner notwendig machen: Einmal wird sich nicht immer ein Kompromiß zwischen den beiden Interessenten finden lassen,

zum anderen braucht ein solcher Kompromiß nicht immer eine Berücksichtigung des Gesamtinteresses einzuschließen. In beiden Fällen wird sich der Staat früher oder später einschalten müssen. Es wäre gut, wenn das nicht von außen und hinterher geschähe, sondern wenn die Vertreter der staatlichen Organisation Gelegenheit fänden, ihren Standpunkt bei den Verhandlungen der Sozialpartner selbst zu entwickeln.

Autonomie der Gewerkschaften

In seinem Bekenntnis zur Autonomie der einzelnen Gewerkschaften betont Fette zwar die Koordinationsaufgabe des DGB. Es bleibt

Ein Sprecher der Industrie schreibt:

Im Bewußtsein der Macht

„Wir alle wollen in dieser Stunde erkennen, daß es nur zwei Dinge gibt, die den Unternehmern den notwendigen Respekt abnötigen: es ist einmal eine möglichst hundertprozentige Organisation und auf der anderen Seite eine gut gefüllte Kasse“, sagte Christian Fette gegen Ende seiner den außerordentlichen Kongreß des DGB. abschließenden Programmrede. Auch ohne daß Fette das Wort „abnötigen“ ausgesprochen hätte, wäre diese Methode als die beabsichtigte Behandlungsweise der nichtgewerkschaftlichen Kräfte in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft jederman auf Schritt und Tritt in den Reden des Kongresses begegnet. „Unsere Aufgabe wird es sein müssen, einen steten Druck auf den Staat auszuüben“, hieß es z. B. im Zusammenhang mit dem Problem der Altersversorgung.

Das Lob des Monopols, wenn man es auf seiner Seite hat, ist charakteristisch, aber das Lob ist taktisch und relativ; denn hinsichtlich der in der Gesamtrichtung stark aggressiven Lohnpolitik wird das Vorgehen mit Lohnkämpfen als ausschließliche Sache der einzelnen Gewerkschaften erklärt. Man sieht es, die Monopoltheorie mit dem Teilstück von der Marktsplaltung ist in geschickten und ihrer Macht sehr sicheren Händen. Allerdings erfährt man auch, daß sich Fette historischer Beispiele

aber offen, ob er sich dessen bewußt ist, daß es Situationen geben kann (und übrigens in den letzten Jahren des öfteren gegeben hat), wo es z. B. bei Lohnstreitigkeiten besser wäre, diese Autonomie bestünde nicht. Schließlich sollte nicht die Macht der einzelnen Gewerkschaft darüber entscheiden, ob Lohnerhöhungen durchgesetzt werden, sondern allein die volkswirtschaftliche Situation. Sollen aber einseitige Begünstigungen einzelner Arbeitnehmergruppen vermieden werden, so muß der Gewerkschaftsbund und nicht die einzelnen Gewerkschaften über Fragen der Lohnpolitik die letzte Entscheidung haben. (P. P.)

vom Machtmißbrauch bewußt ist.

Der Staat soll da passiv bleiben, wo die Gewerkschaften im Angriff sind; zu der Lohnfrage heißt es beispielsweise: „Wir wünschen nicht einmal die Einmischung staatlicher Stellen!“ Wo aber die Gewerkschaften die Auswirkungen ihrer Lohnpolitik erleben müssen, in der Preissphäre, da wird der Staat zur Aktivität aufgerufen, zur „Preislenkungs politik“ und zur „zentralen Preisüberwachung“. Ist der Lohn etwa kein Preis? Auf zu früh gezogenen Konsequenzen einer ungesicherten Statistik basiert die wirtschaftspolitische Grundauffassung, auf einer Heroisierung der Planungs- und Bewirtschaftungs-Bürokratie die Vorstellung vom richtigen Handeln. Ein merkwürdiges Ausweichen vor den Realitäten, die sowohl von der Wirtschaftskunde

als auch von der Wirtschaftstheorie in relativ klare Worte und Sinnzusammenhänge gefaßt sind, geht durch das ganze Programm.

Dunkel ist die Vorstellung von der „gelenkten Unternehmerwirtschaft“ — Unternehmerwirtschaft bei mehr als einem dreißigprozentigen Anteil des Fiskus am Volkseinkommen, bei riesigen Sektoren kommunalisierter, halb- und vollsozialisierter Wirtschaft, bei entrechteten Aktionären muß doch wohl ein Irrtum sein. Oder soll gemeint gewesen sein, daß diese unternehmerischen Sektoren den unternehmerischen Restbestand der Wirtschaft lenken? Wenn es so gemeint sein sollte, dann wäre es beinahe richtig.

Und doch lassen einige Töne in der Rede aufatmen, etwa die Definition der Mitbestimmung als einer „vollendeten Tarifgemeinschaft“, in der es „zwischen gleichberechtigten Partnern kein Geheimnis des einen vor dem anderen gibt“, und dann vor allem das Zitat aus den Ratschlägen des großen englischen Liberalen William Beveridge: „Ein Staat, der es unterläßt, aus Angst vor Anleihen die zwingenden sozialen Probleme für seine Kinder und alten Leute zu lösen, hat seine Aufgabe nicht erfaßt.“ Es wäre ein Trost, am Vorabend großer innerpolitischer Auseinandersetzungen sicher zu wissen, daß die Gewerkschaften bereit sind, zuerst produktivistisch zu denken und in die Front derer einzuschwenken, die sich dagegen wehren, daß produktive Kräfte um notenbankmonopolistischer Herrschaftsvorstellungen willen zum Brachliegen verurteilt sind. (Hn)

Ein unabhängiger Sozialpolitiker schreibt:

„Offene Möglichkeiten“

Wenn man den Einfluß begriffen hat, den eine Persönlichkeit wie Hans Böckler auf die Gestaltung der gewerkschaftlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik ausgeübt hat, so wird man verstehen, daß die wirtschaftliche und politische Öffentlichkeit den programmatischen Erklärungen seines Nachfolgers ein ganz besonderes Gewicht beigemessen hat.

Zweifellos war Fettes Ansprache sehr mutig, und sie läßt Möglichkeiten offen, die wir bereits verschüttet glaubten. In erster Linie zeugt sie von einer starken parteipolitischen Selbständigkeit. Es wäre aber gefährlich, wenn man — wie es in den verschiedenen Kommentaren geschehen ist — aus dieser parteipolitischen Selbständigkeit eine Kampfansage an die Partei-

führung der SPD. herauslesen wollte. Das dürfte bestimmt nicht in der Absicht Fettes gelegen haben. Seine Äußerungen über den Schumanplan und die Remilitarisierung, die für diese Deutung herangezogen werden, scheinen wohl eher die positive Ergänzung zu den negativen Formulierungen des SPD.-Vorsitzenden zu sein. Vielleicht liegt die Bedeutung dieser Formulierungen weniger in der Kontroverse als darin, daß sie geeignet sein können, den in das gewerkschaftliche Denken sich leicht einschleichenden Parteidogmatismus aufzulockern und den Mut zu eigenem Nachdenken anzuregen.

Viel wichtiger und viel zu wenig beachtet scheinen mir die Äußerungen des neuen Vorsitzenden des DGB. über die Frage des Mitbestimmungsrechtes. Mit dem „unabhängbaren“ Kampf um das Mitbestimmungsrecht hatten sich die Gewerkschaften auf eine Barrikade gestellt, von der aus der Weg in schwerste soziale Auseinandersetzungen zu führen drohte. Die Definition Fettes kann eine Basis geschaffen haben, von der aus eine Durchführung er-

möglicht wird, ohne daß von beiden Seiten ein Prestigeverlust befürchtet zu werden braucht.

Trotz dieses Optimismus darf man nicht übersehen, daß die Ausführungen Fettes alles andere als kompromißlerisch waren. Und hier zeigt sich eine gewisse Enge und eine gewisse vielleicht notwendige Begrenzung des gewerkschaftlichen Denkens. Man hat das Gefühl, daß trotz aller wirtschaftspolitischen Weitsicht bei der Anwendung des Begriffs von der sozialen Partnerschaft doch wohl viel mehr an den sozialen Gegenspieler gedacht wird. — Gedacht wird! — Aber vielleicht soll man hier fragen, ob das bei der anderen Sozialpartei nicht häufig auch der Fall ist. Insofern wird die Gewerkschaftspolitik Interessenpolitik bleiben. Und das zeigt sich nur zu deutlich darin, wenn der Lohnkampf als alleiniges Mittel genannt wird, um gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung erfolgreich vorgehen zu können. Die Ausführungen Fettes zeigen leider — so vielversprechend sie auch in mancherlei Hinsicht ge- deutet werden können — keine

Konzeption einer neuen Wirtschaftsordnung, wie sie einer wirklichen Sozialpartnerschaft entsprechen könnte. Aber das soll nicht heißen, daß sich nicht doch einmal von dieser Seite aus eine solche neue Wirtschaftsordnung abzeichnen könnte, die frei von der Bindung an parteipolitische und wirtschaftstheoretische Dogmen ist. Der freie Unternehmer sieht in einer ungebundenen Wettbewerbswirtschaft heute ebenso wenig das Heil wie der Arbeitnehmer in einer vollsozialisierten Gesellschaftsordnung. Immer mehr zeichnet sich im modernen Industriestaat ab, daß die Planwirtschaft keine Alternative zur Marktwirtschaft darstellt.

Vielleicht ist es im Sinne einer Wirtschaftsdemokratie nicht einmal empfehlenswert, wenn die Gewerkschaftsbewegung sich allzu sehr aus der Sphäre der Interessenvertretung freimachen würde. Bei der großen staatspolitischen Macht, die sie darstellt, muß sie sich jedoch dieser Grenze bewußt sein und neben ihrer Interessenpolitik eine lebendige Vorstellung vom Gesamtinteresse haben. (h)

Dr. Hans Köhler, Hamburg:

Über Freiheit oder Unfreiheit in der Wirtschaft

Die Spannung in unserem Warenaustausch mit dem Ausland, die sich hinter der internationalen Zahlungskrise abzeichnet, hat in weiten Kreisen der Unternehmer die Erkenntnis reifen lassen, daß die Renaissance des Liberalismus, die wir durch die sogenannte Liberalisierung seit der Währungsreform erleben, ausklingen muß; nicht deshalb, weil es vielleicht zweckmäßig sein kann, dieses System durch ein anderes zu ersetzen, das einen noch besseren Nutzeffekt verspricht, sondern weil die unerbittlichen Auswirkungen aus dieser Krise uns geradezu die Einsicht aufdrängen, daß das Verfahren eines zu unbekümmerten Warenverkehrs der Liberalisierung nicht mehr beibehalten werden kann. Wir wollen nicht verkennen, daß die Liberalisierung das Recht der Persönlichkeit auf Freiheit wieder eindrucksvoll bejahte und so die deutsche Wirtschaft aus ihrer Verkrampfung der durch den Krieg herbeigeführten Zwangswirtschaft befreite. Aber wir müssen uns heute doch ernstlich fragen, ob es richtig war, daß wir so handelten, wie wir es taten: daß wir die Freiheit zu sehr auspendeln ließen, um ein Extrem durch ein anderes abzulösen.

Dieses auch für die Wirtschaft so zentrale Problem der Freiheit können wir nicht dadurch erkennen, daß wir wie viele andere hinter dem Wort den Begriff

suchen, sondern wir müssen uns bemühen, das Problem abzugrenzen, um das es gegenwärtig hier geht. Der Begriff der Freiheit leitet sich aus der übergeordneten Erkenntnis des Grundsatzes der Individuation ab: daraus, daß alles Leben durch unsere Vorstellung in Raum und Zeit aufgeteilt, sich uns im Bereich des Anthropologischen als das Wirken der einzelnen Menschen äußert, die in der kurzen Zeit eines eigenen Bewußtseins aus ihren Impulsen nach Erfüllung im Leben streben. Es ist der Grundsatz, den die Philosophen schon seit den Scholastikern *principium individuationis* nennen.

Die Einsicht in diesen Grundsatz führt aber zu der Erkenntnis, daß die großen Aufgaben, die das Leben uns vielleicht aus dem Gedanken einer immerwährenden Schöpfung stellt, zuletzt mit den Impulsen des Ichbewußtseins der Einzelnen gelöst werden müssen und daß Freiheit nichts anderes bedeutet, als ihnen auch die Möglichkeit zu geben, sich aus dem Gefühl des eigenen Ich zu betätigen.

Unfreiheit als Problem des Ausgleichs

Wir wissen aber auch von den Philosophen, daß diese Art der Freiheit für das Leben als Ausdruck eines Willens zur Schöpfung immer eine große Gefahr ist,